411 Stadt. Bibliothek S 839

Aufwärts

Bezugspreis: Erscheint wöchentlich sechsmal. — Preis monatlich 1.25 und 0.36 Bestellgebühr, beim eigenen Postamt bestellt. — Fürs Ausland unter Streifband 1.95 (inkl. Postgeld). Preis der Einzelnummer 10 Pfg. Postscheckkonto Hannover 67377.

Christliches Tageblatt
mit den Beilagen „Für Herz und Haus", „Kindergabe" und „Unser Ziel."

Anzeigenpreis: Die einspaltige Millimeterzeile oder deren Raum 10 Pfennig, Reklame 30 Pfg. Beilagen unter 25 g je tausend 15 Mk. Schluß der Anzeigen-Annahme nachmittags 3 Uhr. Postscheckkonto Hannover 67377.

Nr. 168. | Bielefeld-Bethel (Verlagsort Bielefeld), Freitag, den 21. Juli 1933. | 15. Jahrgang.

Das ist das Wahrzeichen aller Trägen,
Sie finden Schwierigkeiten allerwegen.

Charakter und Schicksal — Volk und Staat.

Man sagt, daß das Schicksal eines Menschen in seinem Charakter begründet liegt. Der Charakter eines Menschen kann sich nicht ändern, aber doch vermag eine rechtzeitig beginnende Erziehung die häßlichen Züge stark zurückzubiegen und die vorzüglichen Anlagen zur vollen Entfaltung zu bringen. Die Völkerpschychologie redet auch von dem Charakter eines Volkes. Sie stellt fest, daß im Volk die einzelnen Menschen zwar sehr verschieden veranlagt sein können, daß sich aber doch Wesenszüge vorfinden, die bei fast allen Volksangehörigen vorhanden sind, die darum als die gemeinsamen Charaktereigenschaften des Volkes angesprochen werden müssen. Da darf vermutet wreden, daß der Verlauf der Geschichte eines Volkes mit seiner Wesensart in Verbindung steht, daß also das Schicksal eines Volkes aus seinem Charakter folgt. Wenn wir in der vielhundertjährigen Geschichte unseres Volkes die Tatsache, daß es unserm Volk ungeheuer schwer geworden ist, zur politischen Einigung zu kommen, unter diesem Gesichtspunkt betrachten, dann dürfen wir vielleicht schließen: Dem deutschen Charakter geht die Fähigkeit zur Formung des Staatsgedankens von Natur in beträchtlichem Maße ab, aber die Geschichte, die Erzieherin der Menschheit, hat das deutsche Volk so lange in ihre Schule genommen bis es auch selbst sein Haus bauen lernte. Und wir dürfen die Frage anschließen: Bietet der deutsche Charakter nun auch die Gewähr, daß das Erreichte bewahrt wird? Bei dem einzelnen Menschen kann bei den vorzüglichsten Charakteranlagen doch der Fall eintreten, daß der Mensch durch die äußeren Umstände veranlaßt wird, einen Lebensweg zu gehen, der seinem Wesen durchaus nicht entspricht. Ebenso kann die Geschichte eines Volkes einen Verlauf nehmen, der nach der geistigen Veranlagung des Volkes nicht erwartet werden durfte, dann nämlich, wenn übermächtige Geschehnisse zeitweilig den äußeren Gang der Geschichte bestimmen.

Die Quellen, die uns über den Charakter des deutschen Menschen in der Vergangenheit Auskunft geben können, sind sowohl für die altdeutsche Zeit wie für die Zeit des deutschen Mittelalters außerordentlich dürftig.

Aus dem Mittelalter liegen uns Dokumente des damaligen Geisteslebens in reichlichem Maße vor; aber es ist sehr zu bezweifeln, ob es das deutsche Wesen ist, was aus ihnen spricht. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß in jener Zeit das deutsche Kulturgut von anderen Elementen stark überlagert war, besonders von kirchlichen und französischen. Der mittelalterlichen Kirche war es gelungen, eine allgemeingültige Bildungsidee darzustellen. Dadurch beherrschte sie das Geistesleben in einem so ungeheuren Maße, daß mit vollem Recht von einer einheitlichen Kultur geredet werden kann, von der christlich-katholischen. Wie stark der deutsche Einschlag sich in diesem Weltbild durzusetzen vermochte, läßt sich heute nicht mehr feststellen. Das höfische Leben war stark von französischem Kulturgut beherrscht. So blieb es bis zum Ausgang des Mittelalters. Selbst der Meistergesang bewegte sich noch in den Bahnen der vorhergehenden Jahrhunderte, und auch die Reformation vermochte nicht sofort eine deutsche Kultur hervorzubringen, obgleich sie die vollständige Abkehr von der christlich-hierarchischen Kultur bedeutete. Der 30jährige Krieg zerstörte dann die ersten Ansätze eigener Kultur. Indem er die geschichtl. Entwicklung zerbrach, zwang er das deutsche Volk, ganz von neuem wieder aufzubauen. Um den ungeheuren Preis des politischen, geistigen und materiellen Ruins rettete es den Protestantismus und damit das Prinzip des Fortschrittes und der Freiheit, das für die Geistesverfassung des deutschen Volkes in den folgenden Jahrhunderten bis in die Gegenwart von ausschlaggebender Bedeutung geworden ist. Unsere Frage nach dem Charakter der Deutschen in der Zeit vor dem 30jährigen Krieg kann also wegen der Dürftigkeit des überlieferten Kulturguts nicht beantwortet werden. Stellen wir darum weiter die Frage, ob der Verlauf der deutschen Geschichte einer Entwicklung der im deutschen Menschen vorhandenen Wesenszüge günstig war.

In Frankreich gelang es einem Herrscherhaus, das Königtum jahrhundertelang an sich zu reißen und alle widerstrebenden Kräfte unter die Krone zu zwingen. Dadurch begründet es im Volk das Gefühl der unbedingten Zusammengehörigkeit. Dieses Gefühl ist völlig ursprünglich und ohne die Spur einer Reflexion. Der Franzose kann sich den Zustand gar nicht anders denken. Ebenso ergeht es dem Engländer. Zu dieser Selbstverständlichkeit der staatlichen Zusammengehörigkeit konnte der Deutsche nicht kommen. Die Zeit rechnet noch mit Jahrzehnten, seitdem Sachsen, Hannoveraner, Preußen und Bayern sich gegenseitig als Untertanen verschiedener Staaten, als Ausländer ansahen. Ob das aber in den Zeiten vor dem 30jährigen Krieg anders gewesen ist? In der Zeit Heinrichs I. tragen die deutschen Stämme kaum das Bewußtsein von der Notwendigkeit eines staatlichen Zusammenschlusses. Einigen starken Persönlichkeiten gelingt es allerdings immer wieder, durch Begründung eines starken Königtums die Einheit herzustellen, aber bevor es dahin kommt, daß der Gedanke, der in ihnen selbst lebendig ist, auch in das Bewußtsein des Volkes hineingetragen ist, gewinnen widerstrebende Kräfte schon wieder die Oberhand. Und die Ursache ist fast immer dieselbe. Wenn kaum das Staatsbewußtsein bei den Untertanen zu keimen beginnt, belasten sich die Herrscher mit einer Aufgabe, die über den Rahmen der Begründung eines Nationalstaates hinausgeht. Sie streben zum Kaisertum. Das ist die Tragik der deutschen Kaisergeschlechter, damit aber auch die des deutschen Volkes. Zwar gelingt es in den späteren Jahrhunderten dem Geschlecht der Habsburger, die deutsche Krone erblich an sich zu reißen; aber dieses Geschlecht hat selbst nicht den deutschen Staatsgedanken. Die Kaiseridee der Habsburger ist die Weltherrschaft, die deutsche Idee hat in ihr keinen Raum. Wie hätte die deutsche Geschichte doch einen ganz anderen Verlauf nehmen können! Man denke sich nur den Fall, daß in dem Augenblick, als es Deutschland gelang, sich in der Reformation von der geistigen Bevormundung des Römertums freizumachen, ein Fürst das Kaisertum übernommen hätte, in dem das Deutschbewußtsein so lebendig gewesen wäre wie im Reformator. Ob nicht die Erreichung des Nationalstaates, der auch auf religiös evangelischer Grundlage einig dagestanden hätte, möglich gewesen wäre? Der Kurfürst Friedrich der Weise von Sachsen lehnte aber die ihm dargebotene Krone ab, und die deutschen Fürsten wählten zwischen dem König von Frankreich und dem jungen Thronerben in Spanien, Karl dem Fünften. Lag hier das Schicksal nicht mehr in der Verkettung der geschichtlichen Verhältnisse begründet als in dem Charakter unseres Volkes? In diesem Augenblick deutscher Geschichte hat das Volk sicher größer gedacht als die Fürsten. Sowohl in der Bewegung der Bauernkriege wie in der der Reichsritterschaft ist das Streben zur Nation unverkennbar; aber die Fürstenmacht zerbrach die zur Einheit drängenden Kräfte, und eine starke Kaisermacht war nicht da, die sie hätte benutzen können. Auch in der Folgezeit zerstörte der Partikularismus alle Bewegungen im Volk bis über die Zeit der Befreiungskriege und über 1848 hinaus. Vielleicht darf man aber wohl vermuten, daß der deutsche Charakter das Entstehen und das Wachsen des Partikularismus begünstigte.

In einer überraschend kurzen Zeit erbaute dann Otto von Bismarck das Reich gegen die Mißgunst Europas, trotz des Widerstandes der deutschen Fürsten und im Kampf gegen die herrschenden Kreise in Preußen. Die Antwort auf die Frage, wie denn das möglich war, kann nur heißen, weil er im deutschen Volke schon ein Nationalbewußtsein vorfand, das stark genug war, den Partikularismus zu überwinden. Es war also das Bewußtsein der Zusammengehörigkeit entstanden, ohne daß die Teile des deutschen Volkes sich staatlich zusammengefunden hätten. Das Deutsche Reich ist tatsächlich aus den inneren Triebkräften des deutschen Volkes hervorgegangen. Die Seele des Volkes suchte sich den Körper. Dieses Streben zum Staat, das nur aus einem bereits erstarkten Volksgefühl hervorgehen kann, war bereits in den Freiheitskriegen in voller Stärke vorhanden. Wir wissen auch, daß die Süddeutschen sich nur widerstrebend den Franzosen in den Jahren des Rheinbundes fügten, und nur, weil ihre Fürsten es so wollten. Wenn wir aber den geistigen Grundlagen dieser Erscheinung näherkommen wollen, dann haben wir noch weiter zurückzugehen. Als sich nach der Zertrümmerung Deutschlands im 30jährigen Kriege kaum die ersten Ansätze eines staatlichen Wiederaufbaues in Brandenburg-Preußen zeigen, da treffen wir schon auf einen Mann, der alles, was in der Folgezeit erarbeitet worden ist, ja das, was wir noch jetzt erstreben, vollkommen voraus erfaßt und dargestellt hat. Es ist Leibniz, der erste Präsident der Akademie der Wissenschaften in Berlin. Seine Gedanken finden wir in voller Klarheit wieder bei Herder dargestellt, und auch von den andern deutschen Klassikern sind sie aufgenommen worden. Sie haben in ganz besonderem Maße zu der Erweckung des deutschen Nationalgefühls beigetragen. Und hier haben wir das Besondere in unserer Geschichte: Die Erweckung des deutschen Volkstums ist nicht politischer Natur wie in Frankreich, sondern geistiger Natur; es hat in der seelischen Einstimmung der Deutschen seinen Ursprung, und von hier aus hat es erst den Weg zur äußeren Staatgestaltung genommen. Daß diese Gedanken wesens- und schicksalsgestaltend werden mußten, erkennen wir; denn bald beherrschen sie das gesamte deutsche Geistesleben, und Wissenschaft, Musik, Philosophie und Dichtung stellen sich in ihren Dienst. Nicht nur die edelsten Geister werden von ihnen ergriffen, sondern in breitem Strome ergießen sie sich auch in das Bürgertum. Im Jahre 1812 schrieb z. B. der Freiherr vom Stein an den hannoverschen Grafen Münster: „Es ist mir leid, daß E. Exz. in mir den Preußen vermuten und in sich den Hannoveraner entdecken. Ich habe nur ein Vaterland, das heißt Deutschland, und da ich nach alter Verfassung nur ihm und keinem Teil desselben angehöre, so bin ich auch nur ihm von ganzem Herzen ergeben. Mir sind die Dynastien in diesem Augenblick großer Entwicklung vollkommen gleichgültig; mein Wunsch ist, daß Deutschland groß und stark werde, um seine Selbständigkeit, Unabhängigkeit und Nationalität wieder zu erlangen." Mit diesen Voraussetzungen konnte Bismarck rechnen, und wenn er es nicht getan hätte, dann hätte er sein Werk, die Einigung Deutschlands, trotz seiner unvergleichlichen Staatskunst wohl kaum schaffen können. Er selbst hat nach seinen eigenen Worten, den „nationalen Wind", wie er die Einheits- und Freiheitsbestrebungen nannte, immer benutzt, wenn er ihn gebrauchen konnte. Wie war es ihm z. B. möglich, in der schleswig-holsteinischen Frage Oesterreich hinter sich herzuziehen, das in den Herzogtümern gewiß nichts gewinnen konnte? Nur durch die Benutzung des nationalen Willens im Volke. Seit 1848 war die schleswig-holsteinische Frage zu einem Programmpunkt der vaterländischen Kreise geworden, und der konnte ihrer Unterstützung sicher sein, der es unternahm, die Herzogtümer von Dänemark zu befreien. Hätte Oesterreich in den Dezembertagen des Jahres 1863 geäußert, in dieser Frage nicht mitmachen zu wollen, dann hätte Bismarck sich nicht gescheut, die Donaumonarchie als einen Feind der deutschen Bestrebungen hinzustellen. Um sich der Gefahr nicht auszusetzen, sein moralisches Gewicht in Deutschland zu verlieren, machte es mit in einer Sache, die es durchaus nicht interessierte. Bismarck hat die Behandlung dieses Gegenstandes immer als sein diplomatisches Meisterstück bezeichnet. Aber wir dürfen auch getrost sagen, daß ohne das Mitgehen des ganzen deutschen Volkes ihm die Lösung nicht möglich gewesen wäre; wahr-

Deutscher evangelischer Christ!

Das Wählen hat im Führerstaat des Dritten Reiches seinen Sinn verloren. Wenn Dich dennoch der Führer selbst zur Kirchenwahl aufruft, so verlangt er von Dir eine innere Entscheidung.

Du hast zwei Wege vor Dir.

Du kannst auch weiterhin Evangelium und Volkstum ohne Zusammenhang neben- und gegeneinander stehen lassen. Du wirst diesen selbstmörderischen Weg aber nicht wählen.

Du wirst der großen Frage Gottes an Dich die Antwort geben, welche die Einheit von Evangelium und Volkstum auf alle Zeiten besiegelt. Der Versuch, den Parteihader aufleben zu lassen, ist ein Verbrechen vor der Geschichte. Du wirst diesen Versuch rücksichtslos niederschlagen.

Steh auf, Du Volk der Reformation! Achte Unterschiede, die sein mögen, gering. Sprich ein gewaltiges Ja und bekenne:

Ich will ein einiges deutsches und evangelisches Volk sein.

*

Eintragung in die Wählerliste

Letzter Termin: Donnerstag, 20. Juli, nachmittags 3 Uhr!

Jeder deutsche evangelische Christ muß sich in die kirchliche Wählerliste eintragen lassen. Wählen kann nur jeder Angehörige der evangelischen Kirche bei der Kirchengemeinde seines Wohnbezirkes, wenn er das 24. Lebensjahr am Wahltage (23. Juli) erreicht hat. Wer am Wahltage verreist ist, kann seine Stimme durch ein wahlberechtigtes Mitglied seiner Kirchengemeinde abgeben lassen. Beglaubigte Vollmachten stellt jede Behörde, auch Pfarramt, kostenlos aus.

Aufstellung von Einheitslisten erübrigt die Kirchenwahlen in Anhalt.

Die Verhandlungen zwischen den Vertretern der verschiedenen kirchlichen Richtungen in Anhalt haben heute zu dem erfreulichen Ergebnis der Aufstellung von Einheitslisten geführt. Damit sind die Wahlen am kommenden Sonntag überflüssig geworden.

scheinlich hätte ihn sein Weg zu einem schlimmeren Olmütz geführt.

Auch den Widerstand der Fürsten gegen die Errichtung des Kaisertums überwand er 1871 durch den nationalen Willen. Bekannt ist die Flucht des Bayernkönigs nach Hohenschwangau, wo ihn Bismarck durch den Grafen Hohnstein doch erreichte. Aus dem Brief, den er im November 1870 an den König von Bayern schrieb, ist die Stelle bemerkenswert: „Bezüglich der deutschen Kaiserkrone ist es nach meinem ehrfurchtsvollen Ermessen vor allem wichtig, daß deren Anregung von keiner anderen Seite wie von Eurer Majestät, und namentlich nicht von der Volksvertretung zuerst ausgeht."

Im Staate Bismarcks war der Partikularismus so gut wie überwunden. Es ist während der ganzen Zeit seines Bestehens von 1871 bis 1914 nicht einmal vorgekommen, daß z. B. Bayern etwas anderes gewollt hätte als das Reich. Der Bundesrat hat seine Beschlüsse immer in voller Einmütigkeit vertreten. Aber 1918 erwachte der Partikularismus wieder in voller Stärke, und in den nachfolgenden Jahren regierten die Länder gegen das Reich an, als sei der Reichsgedanke erstorben. Die Regierung ließ die Zügel völlig schleifen, und mancher Deutsche hat immer wieder die Frage an die verantwortlichen Stellen gerichtet, ob denn der Partikularismus noch einmal das Schicksal Deutschlands werden sollte, dann aber das Endschicksal.

Diese Sorge ist jetzt von uns genommen, und darin dürfen wir dem Nationalsozialismus schon jetzt ein Verdienst am deutschen Volke zusprechen, das die Geschichte sicher bestätigen wird. In keiner Zeit seit der Reichsgründung, selbst zu den Zeiten des Altreichskanzlers nicht, ist die Reichsgewalt so überragend gewesen wie in diesem Augenblick. Noch vor wenigen Wochen wagten süddeutsche Regierungen auf die Mainlinie hinzuweisen, heute sind sie verschwunden. Es gibt keine Gegenschaltung mehr, sondern nur noch eine Parallelschaltung zwischen Staats- und Länderregierung, wobei das Reich unbedingt bestimmend auftritt. Mit einem Schlage ist das erreicht, was wir jahrzehntelang erhofft haben. Erst mit dieser Einigung, die hoffentlich endgültig sein wird, kann die eigentliche deutsche Geschichte beginnen. Deutschland heißt die Losung, jetzt und immer! Der Staat des deutschen Menschen kann nur der deutsche Volksstaat sein. Ob eine spätere Zeit einen Volkskaiser an die Spitze stellen wird, was ich glauben möchte, kann uns heute gleichgültig sein. Wir haben in der Gegenwart die Fehlentwicklung des Volksstaates zum parlamentarischen Staat zu berichtigen und die Form zu finden, die dem Wesen des deutschen Volkes entspricht. Im Augenblick erscheint uns das Ziel greifbar nahe. Möchte die große Stunde, die fast über Nacht zu uns gekommen ist, ein Geschlecht finden, das die große Linie sieht. Gewiß ist das, was wir heute formen, nicht die letzte Stufe völkischer Entwicklung, aber sie ist notwendig für die Erziehung des deutschen Volkes zum Staatsvolk.

In einer kulturpolitischen Pressekonferenz, die erstmals im Reichsministerium für Propaganda und Volksaufklärung stattfand, verwies Dr. Bade auf die erhöhte Bedeutung, die dem Feuilleton zukommt, nachdem in der Vergangenheit das Feuilleton gegenüber der politischen und wirtschaftlichen Berichterstattung zu kurz gekommen ist. Gerade das Feuilleton müsse an der Schaffung des neuen deutschen Menschen tatkräftig mitwirken.

Besonders bedeutsam sei dabei auch die Buchbesprechung. Der Redner setzte sich dann dafür ein, durch einen jährlichen Wettbewerb festzustellen, welche Zeitung das beste Buch eines unbekannten deutschen Dichters der Oeffentlichkeit übermittelt habe. Es sei ein Verdienst der nationalsozialistischen Presse, in den letzten Jahren junge Künstler, junge Autoren der Oeffentlichkeit vorgestellt zu haben.

Zur kirchlichen Lage.

Die Geschichte der kirchlichen Lage, wie sie sich in den vergangenen Tagen von Tag zu Tag, ja manchmal von Stunde zu Stunde immerfort neu gestaltete, wird erst in einer späteren Zeit wirklich geschrieben werden können. Die Leser des „Aufwärts" sind immer wieder durch die Veröffentlichung der Erklärungen der Kirchenkommissare usw. über das Geschehen orientiert worden. Wir haben dabei vermieden, unsere eigene Stellungnahme auszudrücken und es der Einsicht der Leser zugetraut, daß sie selber ihre Schlüsse zögen. Das eine aber muß beim Rückblick deutlich gesagt werden: Bis zu dem Briefe Hindenburgs an den Reichskanzler und auch noch darüber hinaus hat die eine Front der kirchlichen Bewegung unserer Tage, wenigstens in ihren Führern, ganz bewußt die Macht der Propaganda im Rundfunk und in der Presse, ja nicht selten auch die politische Macht für sich benutzt, während die andere Front nicht nur zum Schweigen verurteilt war, sondern sich auch noch gefallen lassen mußte, öffentlich mit allerlei herabsetzenden Bemerkungen wie: rückständig, reaktionär, oder gar von dunklen politischen Motiven beeinflußt, bedacht zu werden. Immer wieder wurde ihr entgegengehalten, es solle ja gar keine Staatskirche geben, und alle Besorgnis vor einer solchen sei ein bloßer Vorwand. Wer aber Augen hat zu sehen, für den ist es deutlich, daß gefährlicher als eine Staatskirche die Bindung der Kirche an die Herrschaft einer bestimmten Gruppe ist, einer Gruppe, die den Anspruch erhebt, nicht nur bei Besetzung von Pfarrstellen usw., sondern auch bei der ganzen Gestaltung des gottesdienstlichen Lebens der Volkskirche allein das ausschlaggebende Wort zu haben. Es ist immer eine gefährliche Versuchung, wenn man eine Zeitlang die Macht hinter sich hat. Man meint ja, Gutes durch den Gebrauch der Macht durchsetzen zu können. Das ist wohl auf dem Gebiete des staatlichen Lebens möglich, da es hier um Dinge geht, die das äußere Gute in Gesetzen und Ordnungen betreffen. Das Gute aber, das in einer lebendigen Kirche in den Seelen frei emporquellen soll, wird eben durch den Gebrauch der Macht selbst auf das gründlichste gehindert. Das hat kaum einer so deutlich gesehen wie H. Mich. Müller in seinem Buch: „Macht und Glaube". Aber wir wollen diejenigen nicht schelten, welche der Versuchnug des Gebrauches der Macht im Namen des Evangeliums erlegen sind. Es könnte ja auch für eine andere kirchliche Gruppe einmal die Zeit kommen, wo sie die Macht in Händen hat. Möge sie dann das Warnungszeichen der vergangenen Geschichte beachten! Es gibt nur eine Macht, die den ganzen Herrschaftsanspruch erheben darf. Das ist das Evangelium und in ihm Christus selbst. Und wenn nun gewählt werden soll, dann gilt es danach zu fragen, ob bei den zu Wählenden der Wille vorherrscht, daß die Macht des Evangeliums allein zur Geltung komme. Freilich muß man im Hinblick auf die Zustände in unserer Kirche ja wohl ausrufen: Evangelium, wie unbekannt ist deine Lebensmacht auch unter uns! Man schilt die Pastoren, und wir wollen diesem Schelten nicht ausweichen. Aber auch das ist wahr: Jede Gemeinde hat den Pastor, den sie verdient. Wo nur stumm zugehört und hinter dem Rücken kritisiert wird, da ist die Gemeinde mit schuld, wenn das Evangelium in ihr nicht zur lebendigen Macht wird. Sie hat in ihren Gliedern mit zu glauben, mit zu beten, dem Pastor durch Fragen und Suchen in der Schrift neue Anstöße zu geben. Darum wähle doch solche Laien, denen man solches Tun oder wenigstens die Sehnsucht nach solchem Handeln zutrauen kann.

Der Kampf um die lebendige Kirche hört mit den Wahlen nicht auf, sondern fängt dann erst an. Laßt es uns nur jetzt schon sauber nicht um uns selbst und um unsere Herrschaft, sondern allein um die Herrschaft Gottes und seiner Gnade, in welche wir alle Glieder unseres Volkes einschließen, zu tun sein, dann wird es nicht zu unsern, sondern zu Christi Siegen kommen.

W..m.

Arbeitsschlacht in Ostpreußen

Preußisch-Eylau als zweiter Kreis frei von Arbeitslosigkeit.

Königsberg, 20. Juli.

An den Herrn Reichspräsidenten in Berlin, an den Reichskanzler in Berchtesgaden und den Herrn preußischen Ministerpräsidenten in Berlin wurde nachstehendes Telegramm gesandt:

Der systematische Kampf gegen die Erwerbslosigkeit in Ostpreußen geht weiter.

Heute ist der zweite Kreis, Preußisch-Eylau, frei von Arbeitslosen. Auch dieser Erfolg, wie der in Pillkallen, zeigt, daß es sich nicht um eine Zufallserscheinung handelt, sondern um die Früchte eines zähen und planmäßigen Ringens, das mit allen Kräften fortgesetzt wird.

Oberpräsident Koch, Gauleitung.

Arbeitsfront und Unorganisierte

Eine Richtigstellung.

Berlin, 20. Juli.

Das Propagandaamt des Gesamtverbandes der deutschen Arbeiter übergibt der Presse in Richtigstellung einer Auslassung des Nachrichtenbüros des VdZ. folgende Erklärung:

Das Nachrichtenbüro des VdZ. veröffentlichte Mitteilungen über den Anschluß von bisher Unorganisierten an die Deutsche Arbeitsfront. Hierbei wurde erklärt, daß die Mitteilungen aus „führenden Kreisen der Arbeitsfront" herstammen. Das trifft nicht zu.

Die Frage des Anschlusses an die Angestelltensäule ist bekanntlich hinreichend geklärt durch die Verfügung des Führers der Arbeitsfront, Dr. Ley, daß Angestellte, die gemäß Absatz 1 und 2 des Angestelltenversicherungsgesetzes angestelltenversicherungspflichtig sind, zugleich von der Angestelltensäule umfaßt werden. Für die Arbeitersäule, nämlich dem Gesamtverband der deutschen Arbeiter, trifft eine Pflicht zum Beitritt im Gegensatz zu den Mitteilungen des Nachrichtenbüros der VdZ. nicht zu. Ein Zusammenhang zwischen der Zugehörigkeit der Arbeiterverbände und dem Erwerb des Staatsbürgerrechtes, wie ihn das Nachrichtenbüro des VdZ. konstruiert, besteht daher nicht.

Auch die übrigen Mitteilungen über eine angebliche Werbeaktion der Arbeiterverbände entbehren jeder Grundlage.

Die Konsumgenossenschaften

Rundschreiben des Reichswirtschaftsministers.

Im Einverständnis mit dem Reichskanzler ersucht der Reichswirtschaftsminister in einem Rundschreiben die Landesregierungen, die Treuhänder der Wirtschaft und Arbeit sowie die Spitzenverbände, alle zuständigen Stellen zu unterrichten, und alle Maßnahmen zu treffen, daß künftig eigenmächtige Eingriffe oder Anordnungen in der Frage der Konsumgenossenschaften unterbleiben.

Die Konsumgenossenschaften verwalteten heute noch rund 225 Millionen Spargelder und etwa 160 Millionen Geschäftsguthaben und Reserven, d. h. rund 400 Millionen Spargelder und Einlagen. In den 1200 Genossenschaften seien etwa 3,7 Millionen Volksgenossen organisiert, womit unter Berücksichtigung der Familienangehörigen etwa 12 bis 15 Millionen deutscher Verbraucher an den Konsumgenossenschaften finanziell und wirtschaftlich interessiert seien. Bei Fortdauer der Beunruhigung der Konsumgenossenschaftsmitglieder und entsprechenden Angstabhebungen würden diese überwiegend von den ärmsten Volksgenossen stammenden Gelder gefährdet werden.

Nach der Gleichschaltung ständen politische Bedenken der Mitgliedschaft bei den Genossenschaften nicht mehr entgegen. Für den Ausgleich der Interessen zwischen gewerblichem Mittelstand und Konsumgenossenschaften werde die Reichsregierung Sorge tragen.

Der Tugendbund im Kampf um die Befreiung Preußens.

Schon bald nach dem unglücklichen Frieden von Tilsit gab es im Lande eine Anzahl von Männern aus allen Volksschichten, deren höchstes und letztes Ziel die Befreiung Preußens von der Fremdherrschaft Napoleons war. Sie schlossen sich zum Tugendbund zusammen. Dieses ihr Hauptziel war allerdings nicht in den Statuten enthalten, denn Preußen mußte auf Napoleon, der überall seine Späher hatte, Rücksichten nehmen. Die Statuten betonten vielmehr die „sittlich-wissenschaftliche" Zielsetzung des Vereins und wurden in einer vom König selbst unterschriebenen Kabinettsorder gebilligt. Trotzdem fühlte man bald den tiefsten Sinn dieser Vereinigung heraus, der ihr, da er nicht offen zur Schau getragen werden durfte, in den Augen des Volkes eine gewisse Aehnlichkeit mit den Geheimorden verlieh, trotzdem die Organisation nichts Geheimes an sich hatte, denn es gab weder Grade, um allmählich mit den „Zwecken und Beschäftigungen" des Vereins vertraut zu machen, noch Zeichen, an denen die Mitglieder sich überall erkennen konnten. Ein hoher Rat (in Königsberg), bestehend aus 6 halbjährlich neu zu wählenden Mitgliedern, die sich im Vorsitz abwechselten, hatte zusammen mit einem Oberzensor die oberste Leitung. Jede Provinz besaß ihren Provinzialrat, der ebenso wie der oberste Rat organisiert und diesem natürlich verantwortlich war. Er überwachte durch Zensoren die örtlichen Vereine oder Kammern, wie sie auch genannt wurden. —

Der Tugendbund setzte seine ganze Kraft ein, um den Volksgenossen und damit dem Vaterland praktisch und sichtbar zu dienen, während auch ein großer Teil seiner Arbeit in der Vorbereitung ideeller Werte bestand. Durch den Krieg waren weite Kreise verarmt, denen der Staat, der kaum die an Frankreich zu zahlenden Summen aufbringen konnte, nicht zu helfen imstande war. Diese Notleidenden wurden unterstützt, neue Nahrungs- und Erwerbszweige wurden ermittelt. Auch die geistige Kraft des Volkes suchte man in moralischer und intellektueller Hinsicht dadurch zu heben, daß man das Unterrichts- und Erziehungswesen weiter ausbaute. — —

Eine der wichtigsten Aufgaben, die als Vorarbeit für die kommende Freiheitsbewegung glücklich gelöst wurde, war die Herstellung eines Vertrauensverhältnisses zwischen allen Volksschichten, die im Tugendbund vertreten waren. So wurde der Haß, der hauptsächlich seit Jena und Auerstädt zwischen Bürgern und Soldaten bestand, da man dem Heere den größten Teil der Schuld an der Niederlage zuschob, durch den gemeinsamen Dienst am Volk beseitigt. Mit dem Kriegswesen beschäftigten sich in den Vereinen besonders die Offiziere. Viele der dort ausgearbeiteten Gedanken über Bekleidung und Bewaffnung, von Landwehr und Landsturm, hat Scharnhorst, der den Bund sehr schätzte, bei der Heeresreform verwenden können. — —

Die Leistungen des Tugendbundes darf man nicht unterschätzen, geht doch aus der Feindschaft, die ihm von französischer Seite erwuchs, deutlich hervor, daß man ihn für einen gefährlichen Gegner hielt. Frankreichs Wünsche betreffs seiner Vernichtung sollten nur zu bald in Erfüllung gehen, nachdem erst der Freiherr vom Stein, bis dahin sein warmer Fürsprecher im Ministerium, gestürzt worden war. Leider erhielt Frankeich in vielen Preußen Bundesgenossen, denen es gelang, den Verein beim König verdächtig zu machen mit dem Hinweis darauf, daß der Geist und die Handlungen seiner Mitglieder bei Napoleon Mißtrauen erregen könnten, zumal gerade Schills Befreiungsversuch in diese Zeit fiel. Da Schill nämlich auch Mitglied war, forderte Napoleon jetzt wirklich die Aufhebung, froh, endlich eine deutliche Handhabe zu besitzen, und wurde darin von den Gegnern des Vereins unterstützt, die noch nicht von dem unbedingten Freiheitswillen der anderen Volksgenossen ergriffen waren und es für klüger hielten, sich feige dem angeblich Stärkeren für immer zu unterwerfen als zu kämpfen. — —

So verordnete der König die Aufhebung des Tugendbundes und die Einsendung aller seiner Akten und Arbeiten. Die Mitglieder fügten sich und reichten auch keine Bittschrift ein, wie erst geplant worden war, um den König nicht in die unangenehme Lage zu bringen, den Verein gegen seinen eigenen Willen erneut verbieten zu müssen. So berief man eine Schlußsitzung, in der erklärt wurde: „Meine Herren, nach dem Willen des Königs ist der Verein seiner Form nach aufgelöst, nie werden wir uns mehr versammeln, unsere gemeinsame Tätigkeit hat aufgehört. Ich hoffe, in unserem Herzen dauert der Bund fort, und das ist nicht gegen den Willen unseres Monarchen. Arbeite jeder für sich zum großen Zweck; wir werden einst bessere Zeiten sehen."

Die Form ließ sich zerschlagen, aber der Geist nicht mehr. Er breitete sich von Dorf zu Dorf, von Stadt zu Stadt immer weiter aus, bis die Liebe zum Vaterland und der Wille zum Opfer das ganze Volk vereinte und es zu einer großen Einheit zusammenschweißte. Einigkeit macht stark. Wenn wir doch dieses Wortes immer, und nicht nur in Zeiten der Not; eingedenk wären!

Doch sie hielt nicht lange stand. Als die Not beseitigt und das Land frei war, schwächte es sich selbst durch erneute innere Zerrissenheit und Parteienhader.

Auch wir haben alle erlebt, wie Klassenhaß und Kampf der Parteien unser Land durchtobten, uns nicht nur leistungsunfähig nach innen und nach außen machten, sondern direkt dem Untergang entgegenführten, dem wir heute noch zusteuern würden, wenn nicht der Nationalsozialismus den Gedanken der Volksgemeinschaft erneut in unser Volk getragen hätte. „Einigkeit macht stark"!

Rauthgundis Kannenberg-Fischer.

Die neuen Agrargesetze

Ständischer Aufbau der Landwirtschaft – Neubildung deutschen Bauerntums

Das große Gesetzgebungswerk der Reichsregierung vom 14. Juli d. J. hat auch den Weg für einen Neuaufbau des deutschen Landwirtschaftsstandes freigemacht. Durch das Gesetz über die Neuregelung des Aufbaues des Standes der Landwirtschaft ist der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft ermächtigt worden, die entsprechenden Maßnahmen von Reichs wegen in Angriff zu nehmen. Reichsminister Dr. Darré hat alsbald von dieser Ermächtigung Gebrauch gemacht und den Reichsobmann der bäuerlichen Selbstverwaltung, den derzeitigen Reichslandbundpräsidenten Wilhelm Meinberg, mit der Einleitung und Durchführung der erforderlichen Maßnahmen beauftragt. Das gegebene Arbeitsgebiet wurde in vier Abteilungen eingeteilt. Die erste Abteilung befaßt sich mit den Fragen der freien landwirtschaftlichen und bäuerlichen Organisation (Landstände, Landwirtschafts- und Bauernvereine, Junglandverbände, landwirtschaftliche Hausfrauenvereine, Landarbeiter, Angestelltenverbände, Bauernhochschulen). Ein zweites Referat wurde gebildet für die Fragen der Landwirtschaftskammer als halbamtlicher Selbstverwaltungskörper, die dritte Abteilung beschäftigt sich mit den Fragen des Genossenschaftswesens und das vierte Referat ist den Fragen des Landhandels vorbehalten. Außerdem sind die für die einzelnen Länder und Landesteile bestellten Landesbauernführer als Sonderbeauftragte des Reichsministers für die Arbeiten im Sinne des obengenannten Gesetzes ernannt worden.

Ueber die weiteren Absichten und Pläne der Reichsregierung in der Frage des ständischen Aufbaues der deutschen Landwirtschaft hat der Reichsernährungsminister Dr. Darré soeben in einer Unterredung mit einem Vertreter des nationalsozialistischen „Zeitungsdienstes" nähere Mitteilungen gemacht. Die reichsgesetzliche Regelung des berufsständischen Aufbaues, so führte der Minister aus, ergibt sich einmal aus dem nationalsozialistischen Programm. Wenn aber jetzt für die Landwirtschaft eine Sonderausnahme gemacht wurde und dieses Gebiet bereits reichsgesetzlich in Angriff genommen wird, dann hat das folgende Gründe: Einmal ist die Landwirtschaft in den Fragen des Berufsstandes weiter als alle übrigen Wirtschaftszweige. Das hängt damit zusammen, daß die vergangene Epoche des Liberalismus die Landwirtschaft eigentlich durch Jahrzehnte hindurch in eine passive Rolle drängte, die sie zwang, sich zur Verteidigung zu organisieren. Während andere Wirtschaftszweige, z. B. die Industrie, eine offizielle Förderung erfuhren und es mithin gar nicht nötig hatten, sich so sehr um die Frage eines beruflichen Zusammenschlusses zu kümmern, lagen die Dinge und Verhältnisse bei der Landwirtschaft umgekehrt.

Der Minister erinnerte nur daran, daß z. B. der Bund der Landwirte ja erst entstehen konnte, als Bismarck gestürzt war und Caprivi offiziell den neuen Kurs proklamierte. Wenn trotzdem die deutsche Landwirtschaft nicht von sich aus bereits zu einer Vereinheitlichung ihres berufsständischen Aufbaues gekommen ist, so waren daran verschiedene unglückliche Umstände schuld. So stand die unterschiedliche Gesetzgebung der Länder auf Grund der historischen Entwicklung des Reiches dem einheitlichen Zusammenschluß hemmend im Wege. Diese Hemmnisse sind nun durch das Reichsgesetz überwunden worden. Zum anderen aber ist vielfach mit vollem Bewußtsein ein einheitlicher Zusammenschluß verhindert worden. So hat z. B. der preußische Staat auf die durch die Gründung des Bundes der Landwirte vollzogene Fronde gegen die offizielle Wirtschaftspolitik Caprivis mit dem Ausbau des Landwirtschaftskammergesetzes geantwortet. Dadurch war zumindest in Preußen von Anfang an bewußt eine Rivalität zwischen freien landwirtschaftlichen Organisationen und halbamtlichen landwirtschaftlichen Selbstverwaltungskörpern (den Landwirtschaftskammern) organisiert. An diesem Gegensatz, mit dem der preußische Staat einer zu energischen Stabilisierung der bäuerlichen Selbstverwaltung steuern wollte, hat in Preußen die Landwirtschaft und das Bauerntum bis jetzt gekrankt. Denn die staatlicherseits gewollte Gesetzlichkeit hat auch praktisch dazu geführt, daß diese großen Körperschaften dauernd in einem mehr oder minder offenen Kampf gegeneinander gelegen haben.

In den anderen Ländern sind die Verhältnisse teils ähnlich, teils ganz anders gelagert. Grundsätzlich ist aber zu sagen, daß die deutsche Landwirtschaft ein solches Durcheinander in ihren berufsständischen Organisationen mit dem besten Willen nicht gebrauchen kann. Daher mußte dieser Zustand vom Nationalsozialismus überwunden werden und deshalb ist so frühzeitig das Gesetz über den ständischen Aufbau der Landwirtschaft im Reichskabinett eingebracht; denn was der Bauer braucht, ist ein berufsständischer Körper, dem er einen Beitrag zahlt und der durch eine zentrale Geldverwaltung dafür sorgt, daß alle den Bauern berührenden Aufgabengebiete von diesem Selbstverwaltungskörper so aufgebaut werden, daß der Krebsschaden der Syndici, der bisher jede wirklich große Aufbauarbeit unterbunden hat, ein für allemal ausgebrannt wird. Ich habe — so betonte der Minister — bereits vor einigen Monaten in Köln offen erklärt, daß ich entschlossen bin, die Herrschaft der Syndici zu brechen, und ich werde jetzt, nachdem ich reichsgesetzlich die Macht dazu habe, auch rücksichtslos dieses Ziel zu erreichen wissen.

In diesem Zusammenhang hat sich der Minister auch zu dem ebenfalls vom Reichskabinett beschlossenen Gesetz zur Neubildung deutschen Bauerntums geäußert. Das Wort Siedlung hat der Minister im Namen des Gesetzes bewußt vermieden. Der Begriff der Siedlung ist auf Grund der marxistischen Propaganda, die bewußt die ländliche Siedlung mit demselben Wort bezeichnete, wie die Wohnstättenbewegung am Rande der Großstadt, zu einem Schwammwort geworden, unter dem man sich alles und nichts vorstellen kann. Der Minister stehe nun auf dem Standpunkt, daß es zwei verschiedene Aufgaben gibt: Erstens die Aufgabe, dem Städter ein menschenwürdiges und gesundes Heim zu verschaffen und zum anderen, die ländliche Siedlung durchzuführen. Dr. Darré hat sich auf den Standpunkt gestellt, daß ihn als Reichsernährungsminister nur die ländliche Siedlung angeht. Demgemäß wolle er das Problem der ländlichen Siedlung bezeichnen.

Hierbei muß man sich nun klar machen, was der liberale Marxismus bisher mit der ländlichen Siedlung wollte und was die Nationalsozialisten wollen. Dem vergangenen Marxismus kam es bei der ländlichen Siedlung nicht darauf an, deutsche Menschen auf dem Lande zu neuer Bodenständigkeit zu bringen, sondern diesem Marxismus kam es darauf an, die Verproletarisierung der ländlichen Bevölkerung durch entsprechende Siedlungsmethoden einzuleiten. Das heißt, bewußt Siedlungen zu schaffen, bei denen die Siedler nicht leben und nicht sterben konnten und somit auf Gedeih und Verderb vom Wohlwollen der staatlichen Machthaber abhängig waren.

Wir aber, so betonte der Minister, werden hier einen grundsätzlich anderen Weg gehen, einen Weg, wie ihn die preußischen Könige in der Siedlungsfrage vorangegangen sind, den Weg nämlich, nicht Siedler um jeden Preis zu schaffen, die nachher nicht leben und nicht sterben können, sondern nur solche Siedlungen zu schaffen, bei denen der Siedler als Bauer durch die Jahrhunderte in der Geschichte erhalten bleiben wird.

Arbeitsbeschaffung an der Ruhr

Durch vermehrte Einlegung von Feierschichten.

Essen, 20. Juli.

Zwischen Vertretern des rheinisch-westfälischen Steinkohlenbergbaus und den Beauftragten des Treuhänders der Arbeit für den Ruhrbergbau ist nachstehende Regelung der Feierschichtenfrage festgelegt worden:

„Der Bergbauverein wird auf die Zechen einwirken, daß sie, soweit die technischen und wirtschaftlichen Möglichkeiten dazu vorliegen, die Belegschaften soweit vermehren, daß sich für die einzelne Zeche im Durchschnitt des Jahres monatlich etwa 20 Arbeitsschichten für den einzelnen Mann ergeben. Soweit Mehreinstellungen erfolgen, kann die Zeche auch wie der Entlassungen vornehmen, wenn die Absatzlage die Weiterbeschäftigung der vergrößerten Belegschaft nicht zuläßt.

Diese lediglich zur Entlastung des Arbeitsmarktes durchgeführte Maßnahme darf nicht zu Lohnforderungen seitens der Belegschaft führen. Es wird erwartet, daß alle Zechen das Bestreben der Regierung, die Arbeitsmöglichkeiten zu vergrößern, nach Kräften unterstützen."

Der Abstimmungskampf der Saar

Befremdende Erklärung der Regierungskommission.

Saarbrücken, 20. Juli.

Die Regierungskommission des Saargebietes teilt folgendes öffentlich mit:

Das Saargebiet ist ein Abstimmungsgebiet. Die Bevölkerung des Saargebietes ist berufen, durch Abstimmung ihren Willen über drei durch den Friedensvertrag näher bezeichnete Fragen zu äußern. Die Abstimmung hat frei, ohne jeden Zwang zu erfolgen, woraus sich ergibt, daß jedermann das Recht hat, für seine Ueberzeugung einzutreten und für sie zu werben. Es ist somit selbstverständlich, daß jede politische Betätigung im Saargebiet, welche sich im Rahmen der Gesetze mit der einen oder anderen der durch den Friedensvertrag vorgesehenen Lösungen befaßt, gleichmäßig gestattet ist und unter dem Schutze der Staatsgewalt steht.

Weiter heißt es in der Erklärung, es dürfe daher in dieser Hinsicht nicht zu unzulässigen Kampfmitteln gegriffen werden, wie z. B. „Verrufs- oder Aechtungserklärungen, Ehrverletzungen, und vor allen Drohungen. Es sei unstatthaft, daß jemand z. B. als Verräter gebrandmarkt werde, weil er im Hinblick auf die Volksabstimmung „die eine oder andere politische Auffassung vertritt". Die Regierungskommission als Vertretern des Völkerbundes greife weder zugunsten der einen noch der anderen Partei in den politischen Kampf ein. Ebenso müßten die Richter und sonstigen mittelbaren und unmittelbaren Staatsbeamten im Dienste dieselbe Neutralität gewissenhaft beachten. Die Regierungskommission sei somit verpflichtet, „dann einzugreifen, wenn die durch den Friedensvertrag gewährleisteten Rechte bedroht erscheinen, und sie ist auch entschlossen, in dieser Hinsicht alle erforderlichen Maßnahmen zu treffen."

*

Die Proklamation der Saarregierung zeigt wieder deutlich, wie wenig sie der Tatsache Rechnung trägt, daß der erdrückende Prozentsatz der Saarbevölkerung deutsch ist und deutsch fühlt. Die Proklamation will demgegenüber die Dinge so hinstellen, als gäbe es in der Tat drei Parteien, von denen jeder ernsthafte Bedeutung zukommt.

Dabei ist es in Wirklichkeit so, daß die Deutschgesinnten fast alle Abstimmungsberechtigten umfassen und daß die erklärten Gegner des Deutschtums unter den Landfremden, Emigranten und ähnlichen Interessenten zu suchen sind.

Bei den Auseinandersetzungen über innerpolitische Probleme, die erfahrungsgemäß mit einer mehrmonatigen Verspätung im Saargebiet zum Austrag kommen, geht es lediglich um die Regierungsform. Die Regierung des Saargebietes versucht die Dinge so hinzustellen, als handele es sich um Fragen der staatlichen Zugehörigkeit.

Man kann sich des Verdachtes nicht erwehren, als bedeute die Proklamation die Ankündigung von Zwangsmaßnahmen gegen die erdrückende Mehrheit der Saarbevölkerung zu Gunsten einer verschwindenden Minderheit. Daß eine Abstimmung, bei der es um die völkische Zukunft geht, zur Erregung führt, liegt in der Natur der Sache. Schuld daran sind aber nicht die Abstimmungsberechtigten, die ihre deutsche Heimat retten wollen, sondern diejenigen, die gegen den Willen der Bevölkerung diese Abstimmung — gewiß nicht um der Entspannung willen — erfunden haben.

Ueberführung der toten Ozeanflieger

NS.-Formationen, Stahlhelm und Vertreter der städtischen Körperschaften veranstalteten Mittwoch früh auf dem Friedhof in Soldin eine Gedächtnisfeier für die verunglückten litauischen Flieger. Kurz nach zwölf Uhr mittag startete vom Stettiner Flughafen das Flugzeug mit den toten Fliegerhelden nach Litauen.

Wallfahrt nach Stuttgart

Das Auslandsdeutschtum auf dem Turnfest.

Es gibt etwa 40 Millionen Auslandsdeutsche, davon sind etwa 800 000 organisierte Turner und Sportler. Mehr als die Hälfte der auslandsdeutschen Turn- und Sportvereine dürfen sich den Verbänden im Reich nicht anschließen, sondern werden behördlicherseits auch noch stark in ihrer Entwicklung beeinträchtigt.

Stellenweise werden die Turner als „Staatsverräter" gebrandmarkt, ihre Turnfeste werden gestört und ihr Verkehr mit der Heimat mit allen Mitteln unterbunden. Nicht wenig deutsche Turnvereine im Auslande gab es, die man zwangsweise auflöste unter Beschlagnahme des Eigentums. Viele deutsche Schulen und Vereine im Auslande sind ohne Uebungsstätten und -geräte. Viele Auslandsdeutsche müssen für fremde Staaten auf internationalen Sportplätzen kämpfen.

Die Deutsche Turnerschaft hat gelegentlich des 21. Deutschen Turntages 1931 einen eigenen Kreis Ausland geschaffen, um allen deutschen Turnern außerhalb der Reichsgrenzen eine Anschlußmöglichkeit zu geben, soweit es ihnen von den Heimatbehörden aus gestattet wird. Nur in sehr beschränktem Maße kommt von den Auslandsdeutschen eine Beteiligung an internationalen sportlichen Veranstaltungen in Frage. Seit jeher richtet das Auslandsdeutschtum daher seine Blicke auf die Turner im Reich. Die deutschen Turner in aller Welt haben bewiesen, daß eine echte deutsche Turnergesinnung sehr wohl mit den staatsbürgerlichen Verpflichtungen einem fremden Staate gegenüber zu vereinen ist.

Einer der wichtigsten Wege, die zur Erhaltung deutscher Einheit führen, ist die Teilnahme an all den Kundgebungen im Reiche, die auf dem Wesen deutschen Volkstums aufbauen. Wie beim letzten Turnfest mehrere Tausende unserer Volksgenossen gekommen waren, um ein Bekenntnis abzulegen von unumstößlichem Volkszugehörigkeitsgefühl, so scheuen auch diesmal

einige tausend Auslandsdeutsche aus etwa 20 Staaten

den oft weiten Weg auch über den Ozean nicht, um an dieser großdeutschen Kundgebung, dem Deutschen Turnfest teilzunehmen. Im Rahmen einer Weihestunde soll besonders derer gedacht werden, die fern dem Deutschen Reich und seiner Turnfeststadt für Deutsches Turnen wirken und kämpfen. Die Fahnen aber der entrissenen und vielfach aufgelösten Vereine werden in Stuttgart stumme Zeugen einer oft jahrzehntelangen, deutschturnerischen Pionierarbeit sein und sollen als solche dem turnerischen Nachwuchs ein Wegweiser für zukünftiges Wirken sein.

Stuttgart, die Hauptstadt des schönen Schwabenlandes, das noch die ursprüngliche Heimat so vieler Auslandsdeutscher ist, wird gelegentlich dieser Festtage Schauplatz der größten auslandsdeutschen Kundgebung sein, die je stattgefunden hat. Im Anschluß an das Fest beginnen die Fahrten durchs Deutsche Reich. Dadurch ermöglicht das Turnfest vielen Auslandsdeutschen erstmalig das deutsche Land kennenzulernen und so die Anhänglichkeit zur Heimat fördern und festigen.

Hendersons Verhandlungen

Frankreichs Widerstand noch nicht überwunden.

Die amtliche Mitteilung, die über den Besuch des Präsidenten der Abrüstungskonferenz Henderson in Berlin ausgegeben worden ist sowie die Erklärungen, die Henderson vor seiner Weiterreise nach Prag vor der Presse abgegeben hat, lassen die Schwierigkeiten erkennen, die nach wie vor für die Fortführung der Abrüstungskonferenz bestehen.

Henderson hat seit 18 Monaten in Genf die Aufgabe, inmitten endloser Komplikationen und Verzögerungen einen gewissen maßvollen Optimismus aufrechtzuerhalten, ohne den überhaupt nichts mehr von der Konferenz erhofft werden könnte.

Tatsächlich enthalten die Erklärungen Hendersons aber das Eingeständnis, daß er seine Mission, eine gemeinsame Grundlage für die weitere Arbeit der Abrüstungskonferenz zu finden, nicht habe erfüllen können, weil auf französischer Seite „Zweifel, Befürchtungen und Mißtrauen" bestehen, die erst aus dem Wege geräumt werden müssen.

Was die Anregung für eine direkte deutsch-französische Aussprache betrifft, ist das ein freundschaftlicher Rat, den Henderson nicht als Präsident der Abrüstungskonferenz, sondern vom Standpunkt der allgemeinen politischen Lage in Europa ausgesprochen hat, weil er offenbar darin die einzige Möglichkeit sieht, den hartnäckigen französischen Widerstand gegen jede Abrüstung zu überwinden.

Für die unverändert negative Einstellung Frankreichs zu den von Deutschland und den anderen Mächten unterstützten Bemühungen Hendersons, die Konferenz wieder arbeitsfähig zu machen, liefert die maßgebende französische Presse täglich neue Beweise.

So macht heute das „Echo de Paris" gegen Hendersons Berliner Verhandlungen Stimmung, in dem es schreibt, Henderson verhandelte in Berlin „unter dem Vorwande, den Frieden retten zu wollen, darüber, daß Frankreich seine Rüstungen im Austausch gegen deutsche Versprechungen herabsetze." Könne denn, so fragt das Blatt, Frankreich unter den gegenwärtigen Umständen seine Landesverteidigung ungestraft auch nur um einen Soldaten und eine einzige Kanone kürzen? (!) „Gegenüber der deutschen Revolution sei in der Abrüstungsfrage größtes Mißtrauen erforderlich." Frankreich dürfe nicht an der Genfer Ideologie festhalten.

Um den Nachweis, daß Frankreich nicht abrüsten dürfe, bemüht sich gleichzeigtig auch das „Journal", in dem es mit der Veröffentlichung einer Artikelreihe über die „geheimen Rüstungen Deutschlands und seine militärische Vorbereitung" beginnt. Darin werden, größtenteils in feuilletonistischer Form, die alten, sinnlosen Behauptungen, die das französische Publikum immer wieder beeindrucken, neu aufgemacht!

Balbos Dank an Gronau

General Balbo sandte anläßlich seines so glänzend durchgeführten Geschwaderfluges aus Chicago folgendes Telegramm an den Weltflieger Wolfgang von Gronau:

„Sie sind der Pionier gewesen, der den nördlichen Weg von Europa nach Amerika erschlossen hat. Das italienische Geschwader sendet dem edlen Kameraden seinen dankbarsten Gruß."

Kampf gegen die Verjudung

Warum der Einfluß des Judentums gebrochen werden muß.

Der „Völkische Beobachter" veröffentlicht interessantes Zahlenmaterial über die Ausdehnung des Judentums in Deutschland und die Verjudung des öffentlichen und wirtschaftlichen Lebens. Danach sind z. B. in der Zeit von 1910 bis 1925, also in 15 Jahren 70700 Juden zugewandert. Der Bevölkerungszuwachs des Judentums betrug in Preußen in der Zeit vom 1. Dezember 1910 bis zum 16. Juni 1925 10,1 Prozent gegenüber einer Gesamtzunahme der Bevölkerung von 8,9 Prozent.

Was die Berufsverhältnisse betrifft, weist die letzte Berufszählung im Jahre 1925 bei 1 Prozent Juden in der Gesamtbevölkerung den Anteil der Juden im Bankierberuf mit über 34 Prozent aus. Wie weit die Verjudung unseres gesamten Kulturkomplexes vorgeschritten war, erweist die Tatsache, daß in Preußen 6,9 Prozent aller selbständigen Apotheker, 17,9 Prozent aller selbständigen Aerzte, 27 Prozent aller Rechtsanwälte, 4,6 Prozent aller Redakteure, 11 Prozent aller Regisseure und 7,5 Prozent aller Schauspieler Juden waren.

Geradezu entsetzlich muten die für die Reichshauptstadt errechneten Ziffern an, wo 1925 nicht weniger als 32 Prozent jüdische Apotheker, 48 Prozent jüdische Aerzte, über 50 Prozent jüdische Rechtsanwälte, 14 Prozent jüdische Regisseure, und 38 Prozent jüdische Zahnärzte gezählt wurden.

„Diese Zahlen", so bemerkt der „Völkische Beobachter", dazu, „schreien geradezu nach einer gesetzlichen Beschränkung des Judentums, und es ist nur verwunderlich, daß nicht schon frühere Regierungen sich zu einem entscheidenden Schritt aufraffen konnten, um dem Judentum ein „Bis hierher und nicht weiter" zuzurufen."

Schlageter-Ausstellung

Ein Kapitel deutscher Freiheitsgeschichte.

Im Prinz Albrecht-Palais in der Wilhelmstraße zu Berlin wird am Donnerstag die Schlageter-Gedächtnis-Ausstellung feierlich eröffnet, die anläßlich des zehnten Todestages des deutschen Freiheitshelden Albert Leo Schlageter in Düsseldorf erstmalig der Oeffentlichkeit zugängig gemacht wurde.

Die Ausstellung stellt einen bemerkenswerten Anfang der Geschichte des heldenmütigen Kampfes der Freischaren und der freiwilligen Bataillone der Nachkriegszeit und der Männer, die den Kampf um die Befreiung der deutschen Grenzgebiete an Rhein und Ruhr, im Baltikum und Oberschlesien geführt haben, dar. Der Weg Schlageters, der überall dabei war, wo es galt, für das Deutschtum zu kämpfen, ist an Hand von Aufzeichnungen, Bildern, Urkunden, Erinnerungsstücken bis zu seinem Opfertode auf der Golzheimer Heide bei Düsseldorf erkennbar gemacht.

Man sieht den schlichten Holzsarg, in dem Schlageter auf dem Düsseldorfer Nordfriedhof beigesetzt und später in seine badische Heimat Schönau übergeführt wurde. Zu Häupten des Sarges steht das schlichte Holzkreuz, das die Stadt Düsseldorf errichten ließ und das die erschütternde Kunde vom Tode des deutschen Freiheitshelden wiedergibt: „An dieser Stelle wurde am 26. 5. 1923 Albert Leo Schlageter von den Franzosen erschossen." Zu Füßen des Sarges liegt die deutsche Kriegsflagge, die während der Bahnüberführung den Sarg deckte.

Ein Rundgang durch die Ausstellung gibt einen ergreifenden Eindruck von dem heldenhaften Ringen der deutschen Freikorps, die, oft auf verlorenem Posten stehend, mit unerhörtem Heldenmut für die Befreiung der deutschen Heimaterde stritten und durch ihr Blut und ihr Leben zu den

Wegbereitern der deutschen Zukunft

wurden. Die Freikorpsfahnen und ein gewaltiges Relief des Sturmes auf den Annaberg, Wiedergaben der Kämpfe im Rhein- und Ruhrgebiet, vornehmlich gegen das Separatistengesindel, hochinteressante Dokumente über Schlageter, persönliche Erinnerungen, seine letzten Briefe aus dem Gefängnis, das Todesurteil und sogar ein deutsches Fahndungsblatt, ferner das erste von den Marxisten zerstörte Grabkreuz, eine der Kugeln, denen Schlageter zum Opfer fiel.

Von größtem Interesse ist auch die in der Ausstellung gezeigte erste Mitgliederliste der Berliner NSDAP., die 200 Namen, darunter den Schlageters an erster Stelle, aufweist.

Auch die erste Sturmfahne der Berliner Nationalsozialisten aus Kalkberge hat Aufstellung gefunden. Ferner sieht man eine Tischkarte, auf der der Reichskanzler handschriftlich seine Rededisposition für eine Ansprache aufgezeichnet hat, die er gelegentlich der Gründung eines nationalsozialistischen Führerringes hielt.

5000-Mark-Spende für die nationale Arbeit. Die Deutsche Bau- und Bodenbank AG., Berlin, die jetzt auf ein zehnjähriges Bestehen zurückblickt, hat aus diesem Anlaß als Spende für die nationale Arbeit 5000 Mark zur Verfügung gestellt.

Freiheit der Kirchenwahl

Der evangelische Oberkirchenrat erläßt die folgende Bekanntmachung:

Der evangelische Oberkirchenrat in Berlin weist nochmals darauf hin, daß die bevorstehenden Kirchenwahlen unter dem Schutz der Zusicherung des Herrn Reichskanzlers stehen, wonach allen Gliedern der Kirche die freie Wahl nach kirchlichem Recht nicht verhindert werden soll. Danach dürfen alle wahlberechtigten Gemeindeglieder, gleichgültig für welche der zur Wahl stehenden Listen sie sich als Kandidaten oder Wähler entscheiden, auf den Schutz des Staates rechnen. Die für die unparteiische Durchführung der Wahl verantwortlichen Stellen sind auf Akten, die mit dieser Sicherung der freien Wahl in Widerspruch stehen, hingewiesen und ständig bemüht, ihnen entgegenzutreten. Niemand braucht sich daher in seiner freien Entschließung behindert zu fühlen.

•

Eine Bekanntmachung Staatssekretär Pfundtners.

Berlin, 19. Juli. Der Bevollmächtigte des Reichsministers des Innern für die unparteiische Durchführung der Kirchenwahlen erläßt folgende

zweite Bekanntmachung:

In der Presse erscheinen Veröffentlichungen über Einzelheiten des Wahlverfahrens für die Kirchenwahlen, die den besonderen Verhältnissen bei den einzelenen Landeskirchen nicht genügend Rechnung tragen. Demgegenüber weise ich darauf hin, daß die Einzelheiten des Wahlverfahrens von den Landeskirchen in eigener Zuständigkeit geregelt werden und daher nur die von den Landeskirchlichen Behörden ausgehenden Bekanntmachungen dem Wähler eine zuverlässige Unterrichtung über das Wahlverfahren ermöglichen. gez. Pfundtner, Staatssekr.

Vorbereitung des Luthertages

Der Arbeitsausschuß des Deutschen Luthertages 1933 hat an die evangelischen Vereine und Verbände im Deutschen Reich ein Rundschreiben zur Vorbereitung der Veranstaltungen am 10. November gerichtet.

Es wird betont, daß der 450. Geburtstag Martin Luthers ein Tag der Einigung sei und ein großer Volksmissionstag werden soll.

Der Arbeitsausschuß wolle eine Art Dachverband für alle Feiern und Veranstaltungen dieses Tages sein und sehe in diesem Sinne seine Aufgabe wesentlich in Anregung und Beratung. Als Anregung werden dann Richtlinien gegeben, wonach im Mittelpunkt der örtlichen Veranstaltungen die kirchlichen Feiern stehen müssen. Oertliche Vorbereitungen für die sonstigen Feiern sind unverzüglich in Angriff zu nehmen. Mit den Sendegesellschaften, Filmtheatern und Bühnen verhandelt die Reichsgeschäftsstelle, damit auch sie der Bedeutung des Tages Rechnung tragen. Mit den örtlichen Buchhandlungen sollen Abkommen getroffen werden, daß während der Festveranstaltungen die wesentlichste Luther-Literatur ausgestellt wird. Vor allem ist Verbindung mit den Leitern sämtlicher Schulen und Lehranstalten aufzunehmen, um die Beteiligung an den Feiern zu vereinbaren. Es ist geplant, ein einheitliches Festabzeichen und ein Lutherbüchlein herauszugeben, das als Fest- oder Programmbuch dient.

Zuchthaus für Devisenschieber

Bankier Kunert zu 2½ Jahren Zuchthaus verurteilt.

Berlin, 20. Juli.

In dem Devisenschiebungsprozeß Kunert und Genossen verurteilte das Schnellschöffengericht den Bankier Max Kunert zu 2½ Jahren Zuchthaus und 40 000 Mk. Geldstrafe. Zur Sicherung der Geldstrafe wird das Vermögen Kunerts beschlagnahmt. Der Mitangeklagte Fr. Menzel erhielt 9 Monate Gefängnis und 1000 Mk. Geldstrafe, der Angeklagte Bruno Frank 6 Monate Gefängnis und 1000 Mk. Geldstrafe.

Kunert hatte sich unter Berufung auf seine gar nicht mehr im normalen Betrieb befindliche Inlands-Bank und auf deren Tochtergesellschaften Einfuhrgenehmigungen für Devisen von der Devisenbewirtschaftungsstelle erschlichen und im Besitz von Ausländern befindliche deutsche Effekten im Gesamtbetrage von 80 000 Mark verkauft, ohne den Erlös vorschriftsmäßig auf Sperrkonto anzulegen.

Vizekanzler von Papen in Rom eingetroffen. Vizekanzler von Papen traf im Flugzeug zur Unterzeichnung des Konkordats in Rom ein und wurde bei der Landung von Botschafter v. Hassell, Legationsrat Klee und vom bayerischen Gesandten beim Heiligen Stuhl, Graf Ritter, empfangen.

Post notgelandet.

Auf dem Flug nach Chabarowsk.

Moskau, 19. Juli. Nach einem Funkspruch aus Blagowjeschtschensk ist der Weltflieger Post am Mittwoch nachmittag bei Ruchlowo notgelandet. Die Landung ging glatt von statten. Der Flieger erklärte, er sei durch schlechte Verhältnisse zur Notlandung gezwungen worden. Nach einigen Stunden wolle er zum Weiterflug nach Chabarowsk starten. Die Entfernung von Ruchlowo nach Chabarowsk beträgt 1100 Kilometer.

Verschiedenes.

Bad Nauheim. Mit Unterstützung aus Mitteln der Professor D. Simonsen-Stiftung kann minderbemittelten Kranken, die einer Kur in Bad Nauheim bedürfen, die Durchführung dieser Kur zu besonders ermäßigten Gebühren ermöglicht werden. Anfragen sind an den Syndikus der Professor D. Simonsen-Gesellschaft e. V., Frankfurt-Main, Taunusstr. 1, zu richten.

•

Herbst-Ferienkurs der Gesellschaft zur Förderung der theologischen Wissenschaft für die Provinz Sachsen und Anhalt, zu Halle a. S., vom 9. bis 12. Oktober 1933. Es werden vortragen: Prof. D. Hans Schmidt: Primitive Religion im A.T. und die Religion der Primitiven; Prof. D. Dr. Schumann: Christliche Ethik und Schöpfungsordnung; Prof. D. Dr. Eger: Religionsunterricht vor Erwachsenen; Privatdoz. Lic. Stauffer: Paulus und Johannes, zwei Wege christlicher Theologie; Privatdozent Lic. Dr. Benz: Die religiöse Geschichtsanschauung des Protestantismus; Privatdozent Lic. Dr. Thulin: Die Gegenwartssprache der altchristlichen Kunst.

Die Teilnahme ist für Mitglieder unentgeltlich, Nichtmitglieder zahlen 2 Mark. Anmeldungen erbeten an den Schriftführer der Gesellschaft, Pfarrer Moebius, Halle/S., An der Moritzkirche 7, Tel, 23489.

•

Theologische Woche auf Burg Hohensolms vom 10. bis 16. 9. 33. Thema: Versuch einer christozentrischen Glaubenslehre. 1. Der 1. Glaubensartikel, ausgelegt vom 2. Artikel (Prof. D. Frick Marburg). 2. Der 3. Glaubensartikel, ausgelegt vom 2. Artikel (Privatdozent Lic. Peter Brunner, Gießen). 3.Die Christuspredigt der Kirche (Prof. D. Dr. Cordier, Gießen).

Anmeldung mit genauer Angabe der Ankunftszeit bis 1. 9. an die Landeskanzlei Hohensolms, Landpost Wetzlar.

Bücher und Zeitschriften.

Lic. R. Lettau **„Die kommende deutsche Volksgemeinschaft auf Grund des Glaubens.** Diese kleine Schrift ist von der Agentur des Rauhen Hauses vor kurzem herausgebracht. Sie behandelt eine Frage, die viele der treuesten Menschen und ernstesten Christen aufs stärkste bewegt. So sehr man sich des kraftvollen Vorwärtsstrebens der deutschen Volksbewegung nach der Richtung einer geordneten und gerechten Wirtschaftsform freut, so gewiß ist es aber auch, daß die Menschen aus sich heraus wenig veranlagt sind, in materiellen Dingen, Lohn, Gewinn, die Nächstenliebe bei sich herrschen zu lassen. Diese Gedanken haben auch den Verfasser der vorliegenden Schrift bewegt. Seine Absicht ist, größere Klarheit darüber zu schaffen, was die heilige Schrift über die Gewinnung und Verwendung materieller Güter zu sagen hat. „Darf ein Christ Zins nehmen und Eigentum besitzen?" wie oft ist darüber auch hier im „Aufwärts" schon gerredet worden. Pastor Lettau geht ganz gründlich auf diesen viel erörterten Punkt ein und dürfte mit seiner Meinung dem Interesse derer begegnen, denen diese Frage schon viel zu schaffen machte. Daß auch das Kapitel „Der Christ in seiner Volksgemeinschaft zur Zeit einer Weltenwende" in unseren Tagen seine besondere Bedeutung hat, braucht nicht lange begründet zu werden. Durch den Preis von 1. —Mark, den die Schrift kostet, wird es den Interessenten leicht, durch Beschaffung derselben den ganzen Gedankengang des Verfassers kennenzulernen. D. A.

Schriftleitung: W. Kraa; Wirtschafts- und Weltpolitik: Dr. H. Huttel; Anzeigen: K. Diekmann; alle in Bethel. Zuschriften für die Schriftleitung: Bielefeld. Schließfach 28. Für Geldsendungen Postscheckkonto: Hannover 67377, „Aufwärts", Christliches Tageblatt, Bethel b. Bielefeld. Fernruf 3911/3919, Amt Bielefeld. Druck und Verlag: Anstalt Bethel.

Post-Bestellschein

Der Unterzeichnete bestellt hiermit 1 Exemplar des „Aufwärts".

Für Monat ..... 193 . Der Bezugspreis wolle von mir erhoben werden. Ich wünsche die Zeitung zugestellt zu erhalten*). Ich werde die Zeitung abholen*).

Name .....

Stand .....

Wohnort .....

Straße und Hausnummer .....

An das Postamt .....

Diesen Zettel in den Briefkasten werfen, dem Briefträger übergeben, oder an die Geschäftsstelle Bethel bei Bielefeld einsenden. Der Bezugspreis beträgt monatlich RM 1.25 und 36 Pfg. Bestellgeld.

*) Nichtzutreffendes streichen.

Reise
nicht ohne Photo-Apparat
von **und Material**
Photo-König, Bielefeld, Rathausstraße 8

Haustochter
zu sofort gesucht, schlicht um schlicht, zur Aushilfe 3 bis 4 Monate.
Privatpension Haus Buchenek, Ratzeburg i. Lbg.

Kochlernende
für größeren Villenhaushalt gesucht. Gründliche Ausbildung in einfacher u. feiner Küche. Schlicht um schlicht. Gefl. Angebote an Frl. M. Fritsch, Weiden bei Köln, „Haus zur Wieden."

Bohnerwachs
hochglänzend und trittfest, sparsam im Verbrauch. 10-Pfd.-Eimer Mk. 5.— franko Wilh. Scholz, Hamburg 36, Fach 261/A.

KLISCHEES
ERHÖHEN DIE WIRKSAMKEIT IHRER ANZEIGEN.
ALLE DRUCKSTÖCKE IN MUSTERGÜLTIGER AUSFÜHRUNG
BORGSTÄDT & BUSCH
BIELEFELD TELEFON No 1306

Möbel aller Art
gut und preiswert vom
Möbelhaus Heinz Klare
Bielefeld / Nur Obertorwall 3b (gegenüber dem Kriegerdenkmal)
Erleichterte Zahlungsbedingungen!

Bethel.

— Christlicher Verein junger Mädchen.

Donnerstag abend: Singekreis.

— Heute, Donnerstag, 8¼ Uhr in Gosen

Blaukreuzstunde.

Jedermann ist herzlich eingeladen.

— Vom 24.—31. Juli findet im Lindenhof-Bethel eine

Singewoche

unter Leitung von Kantor Stier aus Dresden statt. Besonders für Jugendführer und -führerinnen zu empfehlen. Der Preis der Singwoche beträgt 23,50 RM.

Anmeldungen nimmt Schwester Martha Wienholt, Bethel, entgegen.